

## Bericht des Landrates Michael Makiolla von den Gesprächen in Berlin über die Zukunft der Kommunal финанzen

Meine sehr verehrten Damen und Herren,  
am 23. und am 24. Februar hatte ich Gelegenheit zusammen mit Oberbürgermeistern, Bürgermeistern und Beigeordneten aus ganz Deutschland - also nicht nur aus Nordrhein-Westfalen, sondern aus vielen Bundesländern - in Berlin an Gesprächen mit dem Vizekanzler Gabriel und den Vorsitzenden, bzw. stellvertretenden Vorsitzenden der Bundestagsfraktionen teilzunehmen.

Die Kolleginnen und Kollegen, Oberbürgermeister und Bürgermeister und ich haben sich zu einem kommunalen Aktionsbündnis unter der Bezeichnung „Für die Würde unserer Städte“ zusammengeschlossen, mit dem Ziel, die Verantwortlichen in der Bundespolitik auf die schwierige finanzielle Lage der Kommunen in Deutschland aufmerksam zu machen und für Maßnahmen des Bundes zu werben, um die Haushaltsprobleme der Kommunen lösen zu helfen.

Neben mir hat aus dem Kreis Unna der 1. Beigeordnete der Stadt Lünen, Herr Müller-Baß, an den Besprechungen in Berlin teilgenommen.

Thema der Gespräche war u. a. die Zusage aus der Koalitionsvereinbarung von CDU, CSU und SPD, wonach die Kommunen durch eine Beteiligung des Bundes an den Kosten der Eingliederungshilfe für Behinderte um 5 Milliarden Euro pro Jahr entlastet werden sollen.

Positiv ist zu vermerken, dass alle Bundespolitiker, mit denen wir gesprochen haben, die Notwendigkeit von zusätzlichen, finanziellen Bundeshilfen für die Kommunen in Deutschland grundsätzlich anerkennen. Das ist bei früheren Besuchen unseres Bündnisses in Berlin noch nicht überall der Fall gewesen.

Neben den zugesagten 5 Milliarden Euro aus der Koalitionsvereinbarung wurden ein Investitionsförderprogramm des Bundes und eine Beteiligung des Bundes an einem den Altschuldentilgungsfond für hochverschuldete Städte und Gemeinden ins Gespräch gebracht und darüber haben wir auch diskutiert.

Enttäuschend war aus meiner Sicht allerdings die Haltung der Bundespolitiker in Bezug auf den Zeitpunkt der zugesagten 5-Milliarden-Entlastung.

Dieser Betrag soll im vollen Umfang erst im Haushaltsjahr 2018 fließen, also erst nach Beendigung der laufenden Legislatur des Deutschen Bundestages.

In der vergangenen Woche konnten wir dann den Medien entnehmen, dass die Bundesregierung beabsichtigt, bereits im Jahr 2017 den Entlastungsbetrag von 1 Milliarde - den es ja jetzt schon gibt - auf insgesamt 2,5 Milliarden anzuheben, also auf die Hälfte der Summe von 5 Milliarden.

Das ist sicherlich ein begrüßenswerter erster Schritt in eine richtige Richtung, entspricht aber nicht, im vollen Umfang der Erwartungshaltung der Kommunen, die die Gespräche in Berlin geführt haben.

Es gilt hier jetzt mit der Bundespolitik im Gespräch zu bleiben und auf die dringende Notwendigkeit einer frühzeitigen finanziellen Entlastung der kommunalen Kassen hinzuweisen.

Schließlich ist es der Bundesgesetzgeber, der insbesondere durch seine Sozialgesetze die Ausgaben der Kreise und Städte in Deutschland maßgeblich mitbestimmt, in unserem Fall sogar in weitaus größerem Umfang als das Land Nordrhein-Westfalen. Dieser Verantwortung für die Finanzlage der Kommunen kann sich der Bund nicht entziehen.

Wir haben allerdings in Berlin nicht nur Gespräche mit Spitzenpolitikern geführt. Am 23. Februar waren die heimischen Wahlkreisabgeordneten unsere Gesprächspartner. Herr Thews aus Lünen, Herr Kaczmarek aus Kamen und Frau Jörrißen aus Hamm haben die entsprechenden Einladungen angenommen. Herr Hüppe aus Werne hatte sich entschuldigt.

Diese Gespräche mit den örtlichen Abgeordneten werde ich fortführen. Ich habe sie deshalb zu einem weiteren Gespräch am 13. April ins Kreishaus eingeladen.

Der Kreisdirektor und ich werden dann unsere Bundestagsabgeordneten noch einmal mit der spezifischen Haushaltssituation des Kreises Unna und seiner kreisangehörigen Kommunen vertraut machen, damit sich unsere Interessenvertreter in Berlin in den vor uns liegenden Diskussionen und Gesprächen in Berlin für unsere Belange einsetzen können.

Insgesamt waren die Gespräche in Berlin mit der Bundespolitik für uns Kommunen sehr erfolgreich, zumindest erfolgreicher als wir alle, die wir dort gewesen sind, vorher vermutet haben.

Wir werden aber nicht locker lassen dürfen und uns mit unseren Anliegen immer wieder in Erinnerung rufen müssen, wenn wir tatsächlich Erfolg haben wollen.

Daher bitte ich die Fraktionen des Kreistages, ihre Abgeordneten, über die sie ja auch verfügen, vielleicht nicht unbedingt hier vor Ort, aber vielleicht in anderen Zusammenhängen, ebenfalls anzusprechen und für die schwierige Lage der Kommunen in unserer Region zu sensibilisieren.

Vielen Dank.